



13. Januar 2014

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WpPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**"):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 8. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG

GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(**ZWEITER NACHTRAG**)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 24. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT B")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "RSSP B WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT C VOM 25. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT C")

FÜR

WARENBEZOGENE AUTOCALL UND REVERSE CONVERTIBLE BZW. WORST OF REVERSE
CONVERTIBLE WERTPAPIERE (DIE "RSSP C WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT D VOM 25. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT D")

FÜR

REVERSE CONVERTIBLE AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE
(DIE "RSSP D WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT E VOM 4. JULI 2013 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "RSSP BASISPROSPEKT E")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT
INFLATIONSBEZOGENER VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE

(DIE "RSSP E WERTPAPIERE")

(ZWEITER NACHTRAG)

UND

RSSP BASISPROSPEKT G VOM 12. NOVEMBER 2013 (DER "RSSP BASISPROSPEKT G")

FÜR

WECHSELKURSBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "RSSP G WERTPAPIERE")

(ERSTER NACHTRAG)

(DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE, DIE RSSP C WERTPAPIERE, DIE
RSSP D WERTPAPIERE, DIE RSSP E WERTPAPIERE UND DIE RSSP G WERTPAPIERE, DIE
"WERTPAPIERE")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten bis zum Datum dieses Nachtrags begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank plc die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank plc, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Die nachtragsbegründenden Umstände sind:

- I. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den angepassten geprüften Jahresabschluss 2012 der Barclays PLC, der am 16. September 2013 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 4);
- II. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die ungeprüfte gemeinsame Zwischenmitteilung der Geschäftsführung (*Interim Management Statement*) von Barclays PLC und der Emittentin, die am 30. September 2013 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 4);
- III. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Mitarbeiterzahl der Gruppe zum 30. Juni 2013 (Nachtragspunkt 5);
- IV. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Emission der Barclays PLC von Zusätzlichen Tier 1-Wertpapieren im Wert von USD\$2 Mrd. am 20. November 2013 (Nachtragspunkt 7);
- V. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Bekanntgabe der Barclays PLC einer übernommenen Bezugsrechtsemission vom 30. Juli 2013 (Nachtragspunkt 8);
- VI. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Andeutung von Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel durch verschiedene Regulierungsbehörden zum 8. November 2013 (Nachtragspunkte 3 und 9);
- VII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf neueste Entwicklungen in Bezug auf die Ermittlungen der *Federal Energy Regulatory Commission (FERC)* zum 9. Oktober 2013 (Nachtragspunkte 3 und 10);
- VIII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Ernennung von Wendy Lucas-Bull zum Nicht an der Geschäftsführung beteiligten *Director* und Vorsitzenden (*Chairman*) der Barclays Africa Group Limited, die am 19. September 2013 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkt 11);
- IX. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf zusätzliche Informationen zum 30. Juni 2013 in Bezug auf Aktivitäten und Rechtsstreit im Zusammenhang mit Hypotheken, einschließlich einer zweiten, von der *National Credit Union Administration* in der zweiten Jahreshälfte 2013 eingeleiteten Klage (Nachtragspunkte 3 und 12);
- X. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf neueste Entwicklungen im Zusammenhang mit Zivilverfahren in Bezug auf LIBOR und anderen Bezugswerten, insbesondere die Zurückweisung der Berufungen am 30. und 31. Oktober 2013, die Einreichung eines vollständigen Abweisungsantrags im Zusammenhang mit Euroyen TIBOR und Yen LIBOR am 27. September 2013, die Einreichung einer Klage seitens Fannie Mae gegen die Emittentin am 31. Oktober 2013, die Einreichung einer geänderten Klage im Zusammenhang mit EURIBOR am 2. November 2013 sowie die Einreichung einer vollständigen Berufung im Zusammenhang mit LIBOR am 21. September 2013 (Nachtragspunkt 13);
- XI. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf die Einreichung einer Zivilklage in Bezug auf Devisenhandel am 1. November 2013 (Nachtragspunkt 14);
- XII. die Aktualisierung der Basisprospekte im Hinblick auf den angepassten geprüften Halbjahresabschluss 2012 der Barclays PLC, der am 30. Juli 2013 veröffentlicht wurde (Nachtragspunkte 1, 2 und 6).

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG", Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand XII):

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2012 bzw. zum 31. Dezember 2011 endende Jahr entnommen:	
	Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	2012 GBP Mio.	2011 GBP Mio.
Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	Gesamte Aktiva:	1.490.747	1.563.402
	Gesamte Nettoforderungen	466.627	478.726
	Gesamte Einlagen	462.806	457.161
	Gesamtes Eigenkapital	62.894	65.170
	Minderheitsbeteiligungen	2.856	3.092
	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	99	5.974
	Wertminderungsaufwand	3.596	3.802
	Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2012, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert.		
	Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Zwischenergebnissen (<i>Interim Results Announcement</i>) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate entnommen:		
		Zum 30.06.2013 GBP Mio.	Vergleichen- der Überblick zum 30.06.2012 (angepasst) GBP Mio.
	Gesamte Aktiva:	1.533.378	1.629.089
	Gesamte Nettoforderungen	516.949	501.509
	Gesamte Einlagen	538.624	502.818
	Gesamtes Eigenkapital	59.394	60.371
	Minderheitsbeteiligungen	2.620	2.957
	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.648	716
	Wertminderungsaufwand	1.631	1.710
	Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe seit dem 30. Juni 2013.		

2. In den Basisprospekten, wird in dem Abschnitt "SUMMARY", Element B.12 wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand XII):

B.12	<p>Selected historical key financial information;</p> <p>No material adverse change in the prospects of the Issuer</p> <p>No significant change in the financial or trading position of the Group</p>	<p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2012 and 31 December 2011, respectively:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: right;">2012</th> <th style="width: 20%; text-align: right;">2011</th> </tr> <tr> <th></th> <th style="text-align: right;">£m</th> <th style="text-align: right;">£m</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td style="text-align: right;">1,490,747</td> <td style="text-align: right;">1,563,402</td> </tr> <tr> <td>Net Loans and advances</td> <td style="text-align: right;">466,627</td> <td style="text-align: right;">478,726</td> </tr> <tr> <td>Total Deposits</td> <td style="text-align: right;">462,806</td> <td style="text-align: right;">457,161</td> </tr> <tr> <td>Total Shareholders' equity</td> <td style="text-align: right;">62,894</td> <td style="text-align: right;">65,170</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td style="text-align: right;">2,856</td> <td style="text-align: right;">3,092</td> </tr> <tr> <td colspan="3"> </td> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td style="text-align: right;">99</td> <td style="text-align: right;">5,974</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges</td> <td style="text-align: right;">3,596</td> <td style="text-align: right;">3,802</td> </tr> </tbody> </table> <p>There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2012, the date of its last published audited financial statements.</p> <p>The following financial information is extracted from the unaudited interim results announcement of the Issuer for the half year ended 30 June 2013:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: right;">As at 30.06.2013</th> <th style="width: 20%; text-align: right;">Comparative statements as at 30.06.2012 (restated)</th> </tr> <tr> <th></th> <th style="text-align: right;">£m</th> <th style="text-align: right;">£m</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td style="text-align: right;">1,533,378</td> <td style="text-align: right;">1,629,089</td> </tr> <tr> <td>Net Loans and advances</td> <td style="text-align: right;">516,949</td> <td style="text-align: right;">501,509</td> </tr> <tr> <td>Total Deposits</td> <td style="text-align: right;">538,624</td> <td style="text-align: right;">502,818</td> </tr> <tr> <td>Total Shareholders' equity</td> <td style="text-align: right;">59,394</td> <td style="text-align: right;">60,371</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td style="text-align: right;">2,620</td> <td style="text-align: right;">2,957</td> </tr> <tr> <td colspan="3"> </td> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td style="text-align: right;">1,648</td> <td style="text-align: right;">716</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges</td> <td style="text-align: right;">1,631</td> <td style="text-align: right;">1,710</td> </tr> </tbody> </table> <p>There has been no significant change in the financial position of the Group since 30 June 2013.</p>		2012	2011		£m	£m	Total Assets	1,490,747	1,563,402	Net Loans and advances	466,627	478,726	Total Deposits	462,806	457,161	Total Shareholders' equity	62,894	65,170	Non-controlling interests	2,856	3,092				Profit before tax from continuing operations	99	5,974	Credit impairment charges	3,596	3,802		As at 30.06.2013	Comparative statements as at 30.06.2012 (restated)		£m	£m	Total Assets	1,533,378	1,629,089	Net Loans and advances	516,949	501,509	Total Deposits	538,624	502,818	Total Shareholders' equity	59,394	60,371	Non-controlling interests	2,620	2,957				Profit before tax from continuing operations	1,648	716	Credit impairment charges	1,631	1,710
	2012	2011																																																												
	£m	£m																																																												
Total Assets	1,490,747	1,563,402																																																												
Net Loans and advances	466,627	478,726																																																												
Total Deposits	462,806	457,161																																																												
Total Shareholders' equity	62,894	65,170																																																												
Non-controlling interests	2,856	3,092																																																												
Profit before tax from continuing operations	99	5,974																																																												
Credit impairment charges	3,596	3,802																																																												
	As at 30.06.2013	Comparative statements as at 30.06.2012 (restated)																																																												
	£m	£m																																																												
Total Assets	1,533,378	1,629,089																																																												
Net Loans and advances	516,949	501,509																																																												
Total Deposits	538,624	502,818																																																												
Total Shareholders' equity	59,394	60,371																																																												
Non-controlling interests	2,620	2,957																																																												
Profit before tax from continuing operations	1,648	716																																																												
Credit impairment charges	1,631	1,710																																																												

3. In den Basisprospekten in dem Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**", in dem Unterabschnitt "**6 Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Wertpapiere zu erfüllen**", in dem Unterabschnitt "**6.6 Betriebsrisiko**", unter der Überschrift "*Rechtliche und regulatorisch bedingte Risiken*" wird der Unterabschnitt mit der Überschrift "*(i) Rechtliche Risiken*" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründende Umstände VI, VII, und IX):

(i) Rechtliche Risiken

Die Gruppe unterliegt umfassenden rechtlichen Verpflichtungen in allen Ländern, in denen sie tätig ist, und ist folglich vielen Formen von rechtlichen Risiken ausgesetzt, einschließlich dem Risiko, dass (i) die Führung der Geschäfte möglicherweise nicht im Einklang mit dem anwendbaren Recht der jeweiligen Rechtsordnungen weltweit erfolgt und daraus Geldstrafen und andere Strafen resultieren, (ii) vertragliche Ansprüche möglicherweise nicht wie beabsichtigt oder nur mit nachteiliger Wirkung für die Gruppe durchgesetzt werden können, (iii) gewerbliche Schutzrechte möglicherweise nur unzureichend geschützt sind und die Gruppe möglicherweise gewerbliche Schutzrechte nutzt, die die Rechte Dritter tatsächlich oder angeblich verletzen und (iv) eine Schadenersatzpflicht für Schäden, die Dritten aus der Geschäftstätigkeit der Gruppe entstanden sind, eintreten kann. Die Gruppe ist auch dem Risiko aufsichtsrechtlicher und anderer Ermittlungen in verschiedenen Rechtsordnungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, ausgesetzt. Wie viele andere Finanzinstitute ist die Gruppe in den letzten Jahren stärker in das regulatorische Blickfeld geraten und erwartet, dass dieser Zustand anhält.

Zu den bedeutendsten Gerichtsverfahren, denen die Gruppe 2012 ausgesetzt war und weiterhin ausgesetzt ist oder denen die Gruppe 2013 ausgesetzt war, zählen jene in Zusammenhang mit:

- Lehman Brothers;
- bestimmten Serien von in American Depositary Shares verbriefen Vorzugsaktien;
- Aktivitäten und Rechtsstreit im Zusammenhang mit Hypotheken;
- dem Devonshire Trust;
- Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung der London Interbank Offered Rates ("**LIBOR**") und anderer Bezugswerte; und
- einer Zivilklage im Zusammenhang mit Devisenhandel.

Der Ausgang jedes dieser Gerichtsverfahren (und aller künftig möglicherweise angestrebten Verfahren) ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Gruppe in Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten erhebliche Ausgaben entstehen und dass eins oder mehrere dieser Verfahren folgende nachteilige Konsequenzen für die Gruppe haben könnten. Erheblicher monetärer Schadenersatz, andere Strafen und Unterlassungsverfügungen, mögliche aufsichtsrechtliche Bußgelder und Auflagen für das Geschäft der Gruppe und/oder nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe. Weitere Informationen hierzu sind unten im Abschnitt "Gerichtsverfahren" enthalten. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen Barclays PLC, die Emittentin oder eine andere Bank, gegen die vergleichbare Klagen geführt werden, könnte zu weiteren Klagen führen.

Im Folgenden sind die Risiken im Zusammenhang mit bedeutenden aufsichtsrechtlichen und sonstigen Ermittlungen oder Verfahren, denen die Emittentin 2012 ausgesetzt war und die weiter bestehen, aufgeführt:

- *Interchange-Ermittlungen*: Die bedeutendsten Risiken im Zusammenhang mit den Ermittlungen bezüglich der Interchange (Wechsel)-Gebührensätze bei Kredit- und Debitkarten von Visa und MasterCard beinhalten mögliche von Wettbewerbsbehörden auferlegte Bußgelder, Prozesse und Vorschläge für neue Rechtsvorschriften. Die Gruppe muss möglicherweise Bußgelder zahlen oder Schadenersatz leisten und sie könnte von Gesetzesänderungen hinsichtlich Interchange-Regelungen betroffen sein. Es ist derzeit nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit oder möglichen finanziellen Auswirkungen dieser möglichen Risiken vorauszusagen;
- *Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte*: Die Risiken im Zusammenhang mit den Ermittlungen verschiedener Behörden zu den Einreichungen der Emittentin und anderer Panel-Mitglieder an die für die Festlegung verschiedener Interbankensätze zuständigen Gremien beinhalten: die Möglichkeit von behördlich auferlegten Geldstrafen, einschließlich weiterer Geldstrafen, die zusätzlich zu den 2012 bereits festgesetzten Geldstrafen auferlegt werden; die anhängigen und möglichen zusätzlichen zivilrechtlichen Verfahren; Reputationsschäden für die Emittentin; die Möglichkeit der Strafverfolgung, falls die Emittentin gegen das mit der Abteilung für Betrugsbekämpfung des U.S.-Justizministeriums (*U.S. Department of Justice, Fraud Section*) geschlossene Non-Prosecution Agreement (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung) verstößt; und die Möglichkeit weiterer aufsichtsrechtlicher Zwangsmaßnahmen, falls die Emittentin gegen die von der U.S.-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*Commodity Futures Trading Commission, CFTC*) verhängte Unterlassungsanordnung (*cease and desist order*) verstößt;
- *Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel*: Verschiedene Regulierungsbehörden und Vollzugsbehörden haben darauf hingewiesen, dass sie Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel, einschließlich möglicher Versuche, bestimmte Referenzwechsellkurse zu manipulieren oder andere Handlungen zur Verbesserung von Handelspositionen durchzuführen, aufgenommen haben. Einige dieser Behörden sind mit Fragen im Zusammenhang mit ihren jeweiligen Ermittlungen an die Gruppe herangetreten; die Gruppe prüft ihren Devisenhandel in Bezug auf einen mehrjährigen Zeitraum bis August 2013 und kooperiert mit den betreffenden Behörden im Rahmen ihrer Ermittlungen. Zu diesem Zeitpunkt ist es für die Gruppe nicht möglich, die Auswirkungen vorherzusagen, die diese Ermittlungen für sie haben werden;
- *Zinssicherungsprodukte*: Am 31. Dezember 2012 wies die Emittentin in ihrer Bilanz eine Rückstellung in Höhe von GBP 850 Mio. für künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig (*non-sophisticated*) eingestuften Kunden aus, was der bestmöglichen Schätzung der Geschäftsleitung im Hinblick auf künftige Entschädigungen von als nicht sachkundig eingestuften Kunden und damit verbundene Kosten entspricht. Im ersten Halbjahr 2013 wurden weitere Fälle geprüft, was zu einer größeren und repräsentativeren Stichprobe als Grundlage für die Berechnung der von der Emittentin zu bildenden Rückstellung führte. Infolgedessen wurde am 30. Juni 2013 eine zusätzliche Rückstellung von GBP 650 Mio. ausgewiesen, wodurch sich der Gesamtaufwand auf GBP 1.500 Mio. erhöhte. Es wurden noch keine Rückstellungen in Bezug auf Ansprüche von als sachkundig (*sophisticated*) eingestuften Privatkunden, die nicht in der Überprüfung im Hinblick auf Entschädigungen erfasst wurden, oder zusätzliche Ansprüche von als nicht sachkundig eingestuften Kunden wegen Folgeschäden gebildet. Entsprechende Ansprüche werden beobachtet, und es werden künftig Rückstellungen gebildet, soweit eine Verpflichtung erkannt wurde, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt;

- *Federal Energy Regulatory Commission (FERC)*-Ermittlungen: Die Emittentin könnte zur Zahlung einer zivilrechtlichen Strafe und der ihr entstandenen Gewinne zuzüglich Zinsen verpflichtet werden sowie einen Reputationsschaden erleiden, wenn die Ermittlungen ergeben, dass sie im Zeitraum von Ende 2006 bis 2008 im Zusammenhang mit ihrem Stromhandel im Westen der USA gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen (die sog. Anti-Manipulation Rule) der U.S.-Energiemarktaufsicht FERC verstoßen hat. Am 9. Oktober 2013 reichte die FERC ihre Beschwerde gegen die Emittentin und vier ihrer früheren Händler beim Bundesgericht (*Federal Court*) in Kalifornien ein. Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *United States Attorney's Office* im *Southern District of New York* an die Emittentin und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe;
- Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge: Die britische Finanzaufsichtsbehörde FCA (*Financial Conduct Authority*) hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Emittentin und der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") im Juni beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Emittentin im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten.

Die FCA hat am 13. September 2013 Warnhinweise (die "**Warnhinweise**") gegen Barclays PLC und die Emittentin erteilt.

Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrag wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass Barclays PLC und die Emittentin damals davon ausgingen, dass zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden. In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass Barclays PLC und die Emittentin gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und Barclays PLC auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Barclays PLC integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass Barclays PLC und die Emittentin leichtfertig (*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Barclays PLC und die Emittentin bestreiten die Feststellungen jedoch weiterhin.

Die britische Behörde für schwere Betrugsdelikte SFO (*Serious Fraud Office*) ermittelt hinsichtlich derselben Verträge. Diese Ermittlungen sind noch nicht so weit fortgeschritten und die Gruppe hat Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Das U.S.-Justizministerium DOJ (*U.S. Department of Justice*) und die U.S.-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde SEC (*U.S. Securities and Exchange Commission*) führen Ermittlungen hinsichtlich der Frage durch, ob im Rahmen der Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die die Emittentin beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen unterstützen, die Vorschriften des *United States Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Die Ermittlungen beziehen sich auch auf die vorstehend angesprochenen Verträge, einschließlich

der beiden Beratungsverträge. Die *US Federal Reserve* hat verlangt, dass sie über diese Angelegenheiten laufend informiert wird.

Es ist nicht möglich, die vollständigen Auswirkungen abzuschätzen, die sich bei einem nachteiligen Ausgang dieser Ermittlungen für die Gruppe ergeben können.

Endgültige nachteilige Feststellungen würden zu Bußgeldern, Reputationsschäden und/oder möglicherweise (wenn Strafverfolgungsbehörden des Vereinigten Königreichs oder der USA weitere Maßnahmen ergreifen) strafrechtlicher Haftung führen, wodurch sich auch das Risiko von Auswirkungen auf Wertpapierkurse und möglichen Zivilprozessen ergibt. Die gegebenenfalls entstehenden zivil-, straf- oder aufsichtsrechtlichen Folgen oder der finanziellen Auswirkungen können nicht sicher vorhergesagt werden, bevor die Behörden in den laufenden Ermittlungen zu abschließenden Ergebnissen gekommen sind.

Darüber hinaus haben sowohl die Europäische Kommission als auch die DOJ-AD im Jahr 2013 Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet (im Jahr 2011 bzw. 2009). Am 1. Juli 2013 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte an die Emittentin sowie 12 weitere Banken, die Markt und die ISDA gerichtet. In dem betreffenden Fall geht es um Bedenken, dass bestimmte Banken kollektiv darauf hingewirkt haben könnten, das Auftreten von börsennotierten Kreditderivateprodukten zu verzögern und zu verhindern. Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung der Europäischen Kommission hat diese angedeutet, dass sie Sanktionen auferlegen muss. Zu den möglichen von der Europäischen Kommission aufzuerlegenden Sanktionen gehören Bußgelder. Bei den Ermittlungen der DOJ-AD handelt es sich um zivilrechtliche Ermittlungen, die sich auf ähnliche Angelegenheiten beziehen. In den Vereinigten Staaten wurden auch Sammelklagen (putative class actions) im Hinblick auf ähnliche Angelegenheiten eingereicht. Der zeitliche Ablauf dieser Fälle ist ungewiss, und es ist nicht möglich, eine Einschätzung der potenziellen finanziellen Auswirkungen dieser Angelegenheit auf die Emittentin abzugeben.

Weitere Informationen zu diesen Fällen sind in den nachstehenden Abschnitten "Betriebsrisiko – Regulatorische Risiken" sowie "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten" aufgeführt.

4. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründende Umstände I und II):

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen sind bei der FCA (vormals die *Financial Services Authority*) hinterlegt und gelten als ein in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogener Teil:

- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin, mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2011 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2011**") bzw. 31. Dezember 2012 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2012**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre;
- die unten aufgeführten Abschnitte des Geschäftsberichts (*Annual Report*) der Barclays PLC, wie bei der U.S. Securities and Exchange Commission (der "SEC") mittels Form 20-F für die Jahre, die am 31. Dezember 2011 bzw. 31. Dezember 2012 endeten, eingereicht (der "**Barclays PLC Geschäftsbericht**"):

Corporate Governance Bericht (<i>Corporate Governance Report</i>)	6 - 29
Lagebericht (<i>Directors' report</i>)	30 - 34
<i>Board of Directors</i>	35 - 37
Mitarbeiter (<i>People</i>)	38
Vergütungsbericht (<i>Remuneration Report</i>)	39 - 68
Risikoübersicht (<i>Risk Review</i>)	69 - 160
Bestandsaufnahme (<i>Financial Review</i>)	161 - 188
Risikomanagement (<i>Risk Management</i>)	273 - 303
Aktionärsinformationen (<i>Shareholder Information</i>)	304 - 316
Weitere Informationen (<i>Additional Information</i>)	317 - 346
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC für die Jahre, die am 31. Dezember 2011 bzw. am 31. Dezember 2012 endeten (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012</i>)	347
Daten zu Barclays Bank PLC (<i>Barclays Bank PLC Data</i>)	348 - 363

- die ungeprüften Zwischenergebnisse (*Interim Results Announcement*) von Barclays PLC wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (*Film Number*) 13996454 am 30. Juli 2013 für die sechs Monate, die am 30. Juni 2013 endeten (die "**Zwischenergebnisse**"), eingereicht;
- die unten aufgeführten Abschnitte aus dem angepassten geprüften Jahresabschluss der Barclays PLC für das Jahr 2012, wie bei der SEC mittels Form 6-K am 6. September 2013 eingereicht:

Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report</i>)	8
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung (<i>Consolidated Income Statement</i>)	9
Konsolidierte Gesamtergebnisrechnung (<i>Consolidated Statement of Comprehensive Income</i>)	10
Konsolidierte Bilanz (<i>Consolidated Balance Sheet</i>)	11
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung (<i>Consolidated Statement of Changes in Equity</i>)	12-13
Konsolidierte Kapitalflussrechnung (<i>Consolidated Cash Flow Statement</i>)	14
Anhang (<i>Notes to the Financial Statements</i>)	18-100
Risikomanagementbericht (<i>Risk management report</i>)	134-166

- die ungeprüfte Zwischenmitteilung der Geschäftsführung (*Interim Management Statement*) von Barclays PLC, wie bei der SEC mittels Form 6-K unter dem Aktenzeichen (*Film Number*) 131177851 am 30. Oktober 2013 für die neun Monate, die am 30. September 2013 endeten (die "**Zwischenmitteilung der Geschäftsführung**"), eingereicht.

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "*Verfügbarkeit von Unterlagen*" unter "*Allgemeine Informationen*" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der *International Financial Reporting Standards* ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht, und von der Europäischen Union (die "**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsrichtlinien für die Emittentin ist im Geschäftsbericht der Emittentin 2011 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2012 abgedruckt.

5. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**" der zweite Absatz wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand III):

Die Emittentin und ihre Tochtergesellschaften (zusammen die "**Gruppe**") ist ein global tätiger Finanzdienstleister im Privat- und Geschäftskundengeschäft, Kreditkarten, Investmentbanking, Vermögensmanagement und Investmentmanagement und hat eine weitreichende internationale Präsenz in Europa, den USA, Afrika und Asien. Zusammen mit ihren Vorgängerunternehmen kann die Gruppe auf eine über 300-jährige Geschichte im Bankenbereich zurückblicken und verfügt daher über eine entsprechende Expertise. Heute ist die Gruppe in über 50 Ländern tätig und hatte zum 30. Juni 2013 ca. 139.900 Mitarbeiter. Für ihre Kunden weltweit agiert sie als Darlehensgeberin, wickelt Geldverkehr ab, tätigt Investitionen und schützt Gelder. Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Emittentin befinden sich im Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe und gehört nach Marktkapitalisierung zu den größten Finanzdienstleistern der Welt.

6. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE" die Tabelle, die Finanzinformationen aus den ungeprüften Zwischenergebnissen (*Interim Results Announcement*) der Emittentin für die am 30. Juni 2013 endenden sechs Monate enthält, wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand XII):

	Zum 30.06.2013 GBP Mio.	Vergleichender Überblick zum 30.06.2012 (angepasst) GBP Mio.
Gesamte Aktiva:	1.533.378	1.629.089
Gesamte Nettoforderungen	516.949	501.509
Gesamte Einlagen	538.624	502.818
Gesamtes Eigenkapital	59.394	60.371
Minderheitsbeteiligungen	2.620	2.957
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	1.648	716
Wertminderungsaufwand	1.631	1.710

7. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE" in dem Unterabschnitt "Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen" der Unterabschnitt mit der Überschrift "Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA und die Fremdkapitalaufnahme-Planung der Emittentin" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand IV):

Prüfung der Eigenkapitalausstattung durch die PRA

Im März 2013 forderte der britische finanzpolitische Ausschuss (*UK Financial Policy Committee*) die PRA auf, Schritte einzuleiten um sicherzustellen, dass am Ende des Jahres 2013 große britische Banken und Bausparkassen, einschließlich der Emittentin, über ein Eigenkapital verfügen, welches 7 % ihrer risikogewichteten Aktiva entspricht. Die Berechnung der PRA für Eigenkapitalanforderungen basierte auf den CRD IV-Definitionen, die sie vollumfänglich mit weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen anwendete.

Im Juni 2013 veröffentlichte die PRA die Ergebnisse ihrer Bewertung, woraufhin die Emittentin bekannt gab, die angepasste vollumfänglich angewendete harte Kernkapitalquote von 7 % als das von der PRA gesetzte Ziel bis Dezember 2013 durch geplante Bilanzaufstellungsmaßnahmen (*balance sheet actions*) und Einbehaltung von generierten Gewinnen (*retained earning generation*) in Übereinstimmung mit dem bestehenden "Transform Programme" der Emittentin erreichen zu können.

Im Rahmen ihrer Prüfung führte die PRA auch eine Zielvorgabe für die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % ein, die vollumfänglich auf einer Kernkapitalausstattung basiert (nach weiteren aufsichtsrechtlichen Anpassungen), zusammen mit der Ausgabe von Instrumenten des zusätzlichen Tier1 Kapitals und geteilt durch Maßnahmen zur Reduzierung der CRD IV-Verschuldungsquote (die "**PRA- Verschuldungsquote**"). Zum 30. Juni 2013 lag die unter vollumfänglicher Anwendung von CRD IV angepasste PRA-Verschuldungsquote der Gruppe bei 2,2 %, was einem geschätzten Fehlbetrag von GBP 12,8 Mrd. entspricht, um das Ziel von 3 % zu erreichen.

Im Juli 2013 verlangte die PRA, dass die Emittentin plant, die Verschuldungsquote in Höhe von 3 % bis zum 30. Juni 2014 und damit vor der antizipierten Umsetzungsfrist der CRD IV im Jahre 2018 zu erreichen. Um dieses Ziel im von der PRA erwarteten Zeitrahmen zu erreichen, hat die Gruppe einen Plan entworfen und mit der PRA abgestimmt bestehend aus Kapitalmanagement und Fremdkapitalrisikomaßnahmen (*leverage exposure actions*), welcher am 30. Juli 2013 bekannt gegeben wurde. Der von der Gruppe bekannt gegebene Plan beinhaltet eine Bezugsrechtsemission mit Underwriting, Maßnahmen zur Reduzierung der CRD IV-Verschuldungsquote und die weitere Durchführung des Eigenkapitalplans der Gruppe durch die Ausgabe von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals, die den CRD IV-Vorgaben entsprechen. Gemäß diesem Plan emittierte Barclays PLC am 20. November 2013 die CRD IV-Quote in Höhe von 8,25 % einhaltenden, bedingt wandelbaren Zusätzlichen Tier 1-Wertpapieren mit einem Auslöser (*trigger*) für eine dauerhaft vorgehaltene (*fully loaded*) Common Equity Tier 1-Quote von 7 % im Wert von USD\$ 2 Mrd.

Am 30. Juli 2013 verkündete die PRA, dass sie dem Plan der Gruppe zugestimmt hat und diesen begrüßt und sie zu dem Schluss kam, dass es sich um einen glaubhaften Plan handelt, um die vorgegebene PRA-Verschuldungsquote von 3 % bis Ende Juni 2014 zu erreichen, ohne Abstriche in der Kreditvergabe an der Realwirtschaft vornehmen zu müssen.

8. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE" die folgenden Absätze am Ende des Abschnitts mit der Überschrift "Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen" eingefügt (nachtragsbegründender Umstand V):

Bezugsrechtsemission

Am 30. Juli 2013 gab Barclays PLC eine übernommene Bezugsrechtsemission zur Aufnahme von ca. GBP 5,8 Mrd. (nach Abzug der Kosten) bekannt. Die Bezugsrechtsemission erfolgte an bezugsberechtigte Aktionäre auf Basis einer neuen Stammaktie für je vier bestehende Stammaktien, die von Aktionären zum Geschäftsschluss am 13. September 2013 gehalten wurden. Am 4. Oktober 2013 gab Barclays PLC bekannt, gültige Annahmen dieses Angebots in Bezug auf 94,63 % aller den Aktionären gemäß der Bezugsrechtsemission angebotenen neuen Stammaktien erhalten zu haben. Die Underwriter erzielten anschließend die Zeichnung der restlichen Stammaktien, für die das Angebot nicht angenommen wurde.

Am 30. Oktober 2013 gab Barclays PLC die folgenden, unter Berücksichtigung der erfolgten Bezugsrechtsemission geschätzten Quoten zum 30. September 2013 bekannt: harte Kernkapitalquote (*Core Tier 1 ratio*) von 12,9 %, geschätzte *Common Equity Tier 1*-Quote bei vollumfänglicher Anwendung der CRD IV (*estimated fully loaded CRD IV CET1 ratio*) von 9,6 %, geschätzte Verschuldungsquote bei vollumfänglicher Anwendung der CRD IV (*estimated fully loaded CRD IV leverage ratio*) von 2,9 % und geschätzte PRA-Verschuldungsquote (*estimated PRA Leverage Ratio*) von 2,6 %. Zudem gab Barclays PLC am 30. Oktober bekannt, bei dem Vorhaben, bis Juni 2014 eine PRA-Verschuldungsquote von 3 % zu erreichen, auf Kurs zu sein.

9. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten**" die folgenden Absätze nach dem Unterabschnitt mit der Überschrift "*Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Bezugswerte*" eingefügt (nachtragsbegründender Umstand VI):

Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel

Verschiedene Regulierungsbehörden und Vollzugsbehörden haben darauf hingewiesen, dass sie Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel, einschließlich möglicher Versuche, bestimmte Referenzwechselkurse zu manipulieren oder andere Handlungen zur Verbesserung von Handelspositionen durchzuführen, aufgenommen haben. Einige dieser Behörden sind mit Fragen im Zusammenhang mit ihren jeweiligen Ermittlungen an die Gruppe herangetreten; die Gruppe prüft ihren Devisenhandel in Bezug auf einen mehrjährigen Zeitraum bis August 2013 und kooperiert mit den betreffenden Behörden im Rahmen ihrer Ermittlungen. Zu diesem Zeitpunkt ist es für die Gruppe nicht möglich, die Auswirkungen vorherzusagen, die diese Ermittlungen für sie haben werden.

Nähere Einzelheiten zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Ermittlungen sind dem Abschnitt "Gerichtsverfahren - Zivilklage in Bezug auf den Devisenhandel" zu entnehmen.

10. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten**" der Abschnitt mit der Überschrift "*Ermittlungen der Federal Energy Regulatory Commission*" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VII):

Ermittlungen der Federal Energy Regulatory Commission

In seiner Eigenschaft als Vollzugsbehörde führte das *Office of Enforcement* der US-Energiemarktaufsicht (*Federal Energy Regulatory Commission* – die "**FERC**") Ermittlungen bezüglich des Stromhandels der Gruppe im Westen der USA für den Zeitraum ab Ende 2006 bis 2008 durch. Am 31. Oktober 2012 erließ die FERC im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit eine öffentliche Anordnung zur Abgabe einer Stellungnahme nebst Bescheid über Strafvorschläge (eine sog. *Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties* – die "**Order and Notice**") gegen die Emittentin. In der *Order and Notice* macht die FERC geltend, dass die Emittentin gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. *Anti-Manipulation Rule*, verstoßen habe, indem sie in der Zeit von November 2006 bis Dezember 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipuliert habe, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Emittentin vor. Am 16. Juli 2013 erließ die FERC einen Bescheid über die Festsetzung zivilrechtlicher Strafen (*Order Assessing Civil Penalties*), in dem sie eine zivilrechtliche Strafe in Höhe von USD 435 Mio. gegen die Emittentin festsetzte und an sie die Anordnung erließ, zusätzlich ihr entstandene Gewinne in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, herauszugeben (wobei die beiden Beträge jeweils mit den in der *Order and Notice* angegebenen Beträgen übereinstimmen). Zur Beitreibung der Strafe und des herauszugebenden Gewinns reichte die FERC am 9. Oktober 2013 ihre Beschwerde gegen die Emittentin und vier ihrer ehemaligen Händler bei dem Bundesgericht in Kalifornien ein. In der Beschwerde wiederholt die FERC ihre zuvor im Rahmen der *Order and Notice* vom Oktober 2012 und der *Order Assessing Civil Penalties* vom Juli 2013 gemachten Anschuldigungen. Die Gruppe beabsichtigt, sich in dieser Angelegenheit nachdrücklich zu verteidigen. Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *United States Attorney's Office* im *Southern District of New York* an die Emittentin und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe.

11. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN", in dem Unterabschnitt "DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE", der Unterabschnitt mit der Überschrift "Directors" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand VIII):

Directors

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die *Directors* der Emittentin, ihre jeweilige Position innerhalb der Gruppe sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Gruppe ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Gruppe von Bedeutung sind. Alle als *Directors* aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Sir David Walker	Vorsitzender	Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty) Cicely Saunders International
Antony Jenkins	<i>Chief Executive</i> der Gruppe	<i>Director</i> , The Institute of International Finance
Chris Lucas	Finanzvorstand der Gruppe (<i>Group Finance Director</i>) ¹	-
David Booth	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> (<i>Non-Executive Director</i>)	<i>Director</i> , East Ferry Investors Inc
Tim Breedon CBE	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Chief Executive Officer</i> , Enel SpA; <i>Director</i> , AON PLC; <i>Independent Director</i> , RCS MediaGroup S.p.A
Simon Fraser	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Fidelity Japanese Values Plc und Fidelity European Values Plc; Vorsitzender, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Vorsitzender, The Merchants Trust PLC; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Senior Adviser</i> , Center for Strategic & International Studies; <i>Chief</i>

¹ Am 16. Juli 2013 gab die Emittentin bekannt, dass nach der Mitteilung von Chris Lucas im Februar 2013, die Emittentin zu verlassen, Tushar Morzaria zum Nachfolger von Herrn Lucas als Finanzvorstand der Gruppe bestellt wurde. Herr Morzaria wird seine Funktion im *Board* als an der Geschäftsleitung beteiligter *Director* (*Executive Director*) mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 aufnehmen. Herr Lucas bleibt für die Rechnungslegung für 2013 verantwortlich und verbleibt bis zu seinem Ausscheiden am 28. Februar 2014 als Finanzvorstand der Gruppe sowie Mitglied des *Executive Committee* im *Board*. Ab dem 28. Februar 2014 übernimmt Herr Morzaria vollständig die Aufgaben von Herrn Lucas.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Dambisa Moyo	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>Executive Officer</i> , Rockefeller & Co., Inc. Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , SABMiller plc; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Stellvertretender Vorsitzender (<i>Deputy Chairman</i>) und <i>Senior Independent Director</i>	Vorsitzender, BT Group PLC; <i>Director</i> , McGraw-Hill Companies
Sir John Sunderland	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	Vorsitzender, Merlin Entertainments Group; Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> , AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	<i>General Counsel</i> , <i>Company Secretary</i> und Mitglied des <i>Group Executive Committee</i> von ABB Limited
Frits van Paasschen	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	CEO und <i>President</i> der Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.
Mike Ashley	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i>	
Wendy Lucas-Bull	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> ; Vorsitzende der Barclays Africa Group Limited	Nicht an der Geschäftsführung beteiligter <i>Director</i> der Anglo American Platinum Limited

Es bestehen keine potenziellen Interessenskonflikte zwischen den Pflichten der vorstehend aufgeführten *Directors* gegenüber der Emittentin und deren privaten Interessen bzw. sonstigen Pflichten.

12. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Gerichtsverfahren**" der Unterabschnitt mit der Überschrift "*Rechtsstreit mit der U.S. Federal Housing Finance Agency und andere Verfahren, die Residential Mortgage-Backed Securities zum Gegenstand haben*" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstände IX):

Aktivitäten und Rechtsstreit im Zusammenhang mit Hypotheken

Die Aktivitäten der Gruppe im US-Hypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd., das Underwriting in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd., den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (*government sponsored enterprises* – "GSE") und den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum durch einen Grundpfandrechtsbesteller (*mortgage originator*), den die Gruppe im Jahr 2007 erworben hatte (die "**Erworbene Tochtergesellschaft**"), Kredite im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. ausgegeben und an Dritte verkauft (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und bereits wieder zurückgekaufte Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.).

Die Gruppe hat im Zusammenhang mit ihrem Verkauf von Krediten und Sponsoring von Private-Label-Verbriefungen bestimmte die Kredite betreffende Zusicherungen und Gewährleistungen ("**Z&G**") abgegeben, die sich allgemein auf die zugrunde liegenden Grundpfandrechte, die Immobilien, die Unterlagen in Bezug auf die Grundpfandrechte und/oder die Einhaltung von Rechtsvorschriften beziehen. In Bezug auf von ihr gesponserte Verbriefungen im Volumen von ca. USD 5 Mrd. sowie die von ihr an GSE verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. und an andere Käufer verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd. hat die Gruppe entsprechende Z&G alleine abgegeben. Daneben hat die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite entsprechende Z&G alleine abgegeben. Außer bei an andere Käufer verkauften Krediten im Volumen von ca. USD 1 Mrd., in Bezug auf die die Z&G vor 2012 erloschen sind, existieren für die von der Gruppe oder Erworbenen Tochtergesellschaft abgegebenen Z&G keine zeitlichen Begrenzungen. Die von der Gruppe abgegebenen Z&G in Bezug auf die an andere Käufer verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd. beziehen sich auf Kredite, die allgemein mit erheblichen Preisabschlägen verkauft wurden, und waren im Umfang begrenzt, im Gegensatz zu den abgegebenen Z&G in Bezug auf an GSE verkaufte Kredite, die von der Erworbenen Tochtergesellschaft verkauften Kredite sowie einen Anteil von ca. USD 5 Mrd. der von der Gruppe gesponserten Verbriefungen (wie vorstehend beschrieben). Die Z&G in Bezug auf die übrigen von der Gruppe gesponserten Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd. wurden hauptsächlich von Drittbestellern, als Deponent der Treuhandgesellschaft, direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften der Gruppe abgegeben, und sind im Umfang begrenzt. Unter bestimmten Umständen kann die Gruppe verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die Z&G nicht eingehalten werden. Das Volumen der noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen Z&G, die die Gruppe oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, betrug zum 30. Juni 2013 GBP 0,4 Mrd. Einige dieser noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Prozesse, die von den Treuhändern für bestimmte RMBS-Verbriefungen, Deutsche Bank National Trust Company und U.S. Bank National Association eingeleitet wurden und im Rahmen derer die Treuhänder

behaupten, die Gruppe müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen Z&G vorliegt. Nur in einigen dieser Prozesse wurden Klageschriften eingereicht, und da alle diese Verfahren noch in der Vorbereitungsphase sind, ist für keines dieser Verfahren eine Einschätzung der Auswirkungen möglich.

Darüber hinaus strengte die für zwei staatlich geförderte US-Unternehmen (*U.S. government sponsored enterprises*), Fannie Mae und Freddie Mac (zusammen: die "GSE"), handelnde *US-Federal Housing Finance Agency* ("FHFA") Klagen gegen 17 Finanzinstitute im Zusammenhang mit dem Erwerb von Residential Mortgage-Backed Securities ("RMBS") durch die GSE an. In den Klagen wird unter anderem der Vorwurf erhoben, die Angebotsmaterialien zu den RMBS hätten sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten. Zwei dieser Verfahren, die Verkäufe von RMBS im Zeitraum von 2005 bis 2007 betreffen, bei denen BCI als Lead Underwriter oder als Co-Lead Underwriter fungierte, wurden gegen die Emittentin und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen oder ehemalige Mitarbeiter der Emittentin angestrengt.

In beiden Klageschriften wird unter anderem Folgendes geltend gemacht: Rückabwicklung und Herausgabe der für die RMBS gezahlten Gegenleistung, sowie Ersatzleistung für die angeblichen finanziellen Verluste, die den GSE infolge des Eigentums an den RMBS entstanden sind. Die Klagen sind anderen Zivilverfahren vergleichbar, die von anderen Klägern im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS gegen die Emittentin und/oder einige ihrer verbundenen Unternehmen angestrengt wurden, darunter die Federal Home Loan Bank of Seattle, die Federal Home Loan Bank of Boston, die Federal Home Loan Bank of Chicago, Cambridge Place Investment Management, Inc., HSH Nordbank AG (und ihre verbundenen Unternehmen), Sealink Funding Limited, Landesbank Baden-Württemberg (und ihre verbundenen Unternehmen), Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG (und ihre verbundenen Unternehmen), Stichting Pensioenfonds ABP, Royal Park Investments SA/NV, Bayerische Landesbank, John Hancock Life Insurance Company (und ihre verbundenen Unternehmen), Prudential Life Insurance Company of America (und ihre verbundenen Unternehmen) und die National Credit Union Administration. Barclays PLC ist der Ansicht, dass die gegen sie gerichteten Klagen unbegründet sind und beabsichtigt, sich nachdrücklich gegen diese zu verteidigen.

Der ursprüngliche, mit den Ansprüchen gegen die Emittentin verbundene RMBS-Betrag belief sich in den FHFA-Prozessen und den übrigen Zivilklagen gegen die Gruppe auf insgesamt ungefähr USD 8,7 Mrd.; hiervon stand zum 30. Juni 2013 ein Betrag in Höhe von ungefähr USD 2,6 Mrd. noch aus. Die für diese RMBS zum 30. Juni 2013 ausgewiesenen kumulierten Verluste beliefen sich auf ungefähr USD 0,5 Mrd. Barclays PLC ist der Ansicht, dass ihr im Falle des Unterliegens der Emittentin in diesen Prozessen ein Verlust in Höhe von maximal dem zum Zeitpunkt des Urteils noch ausstehenden RMBS-Betrag (unter Berücksichtigung weiterer Kapitalzahlungen nach dem 30. Juni 2013) droht, zuzüglich kumulierter Verluste auf die RMBS zu dem betreffenden Zeitpunkt, sowie Zinsen, Gebühren und Kosten, abzüglich des Marktwertes der RMBS zu jenem Zeitpunkt. Die Emittentin schätzt den Marktwert dieser RMBS zum 30. Juni 2013 auf insgesamt ungefähr USD 1,6 Mrd. Der Emittentin steht möglicherweise ein Anspruch auf Entschädigung für einen Teil der Verluste zu. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind zwei miteinander verbundene Sammelklagen, die im Namen einer mutmaßlichen Gruppe von Anlegern mit einer Anlage in von Countrywide ausgegebenen RMBS, für die BCI und andere Underwriter Zeichnungsverpflichtungen eingegangen sind, eingereicht wurden; diesbezüglich wird die Emittentin durch Countrywide von der Haftung freigestellt; sowie eine zweite, von der *National Credit Union Administration* in der zweiten Jahreshälfte 2013 eingeleitete Klage in Bezug auf weitere RMBS im Volumen von USD 293 Mio.

13. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Gerichtsverfahren**" der Unterabschnitt mit der Überschrift "*Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte*" wie folgt ersetzt (nachtragsbegründender Umstand X):

Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte

Nach den Vergleichen bezüglich der unter "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten — Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, ISDAfix und andere Referenzzinssätze" erwähnten Ermittlungen haben eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern Zivilklagen gegen die Gruppe im Zusammenhang mit LIBOR und/oder anderen Referenzindices angedroht oder anhängig gemacht. Zum Datum dieses Basisprospekts ist es nicht möglich, den möglichen Verlust der Gruppe im Zusammenhang mit diesen Klagen abzuschätzen oder abzusehen, welche Auswirkungen sich daraus gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den Cashflow oder die Finanzlage der Gruppe in einer bestimmten Berichtsperiode ergeben könnten.

Gegen die Emittentin und andere Banken wurden im Zusammenhang mit ihrer Rolle als an der Festlegung von US-Dollar-LIBOR-Sätzen beteiligte Panel-Banken bei Bundesgerichten der Vereinigten Staaten Verfahren als Sammelklagen und als sonstige Klagen anhängig gemacht; die erste dieser Klagen wurde am 15. April 2011 eingereicht. In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Emittentin und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen diverse Bestimmungen des *Sherman Act*, des *U.S. Commodity Exchange Act*, des *U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act* ("**RICO**") sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie US-Dollar-LIBOR-Sätze künstlich niedrig hielten oder auf eine andere Art und Weise manipulierten. In den Klagen wird Schadenersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in zwei Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, darunter die Emittentin, Schadenersatz in Höhe von zusammen USD 810 Mio. zuzüglich Strafschadenersatz fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadenersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des *Sherman Act* und des RICO gefordert. Die anhängig gemachten Sammelklagen sollen (u. a.) im Namen von Klägern eingereicht worden sein, die (i) US-Dollar-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt, (ii) US-Dollar-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben, (iii) US-Dollar-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben, (iv) auf US-Dollar-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken erworben oder (v) auf US-Dollar-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben. Die Mehrzahl der Fälle im Zusammenhang mit der Festlegung der US-Dollar-LIBOR-Sätze wird vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* (das "**Bezirksgericht**") gemeinsam verhandelt. Am 29. März 2013 hat das Bezirksgericht eine Entscheidung gefällt, in sechs maßgeblichen Fällen die Mehrzahl der gegen die Emittentin und weitere beklagte Panel-Banken eingereichten Klagen, darunter drei anhängig gemachte Sammelklagen, zurückzuweisen.

Nach der Entscheidung ersuchten die Kläger der drei anhängig gemachten Sammelklagen das Bezirksgericht, entweder die Einreichung einer geänderten Klage oder die Berufung gegen einen Aspekt der Entscheidung zuzulassen.

Am 23. August 2013 wies das Bezirksgericht in einem Beschluss die Mehrzahl der von den Klägern der drei Sammelklagen gestellten Anträge ab. Infolge des Beschlusses wurde eine hinsichtlich des Erwerbs von US-Dollar-LIBOR-bezogenen Schuldtiteln anhängig gemachte Sammelklage vollumfänglich abgewiesen; die Ansprüche, die in einer hinsichtlich des börslichen Erwerbs von US-Dollar-LIBOR-bezogenen Finanzinstrumenten anhängig gemachten Sammelklage geltend gemacht worden sind, sind

auf Ansprüche nach dem *U.S. Commodity Exchange Act* beschränkt; und die Ansprüche, die in einer von Klägern, die US-Dollar-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte tätigten, anhängig gemachten Sammelklage geltend gemacht worden sind, sind auf Bereicherungsansprüche und Ansprüche aufgrund Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben beschränkt. Am 17. September 2013 und 24. September 2013 haben die Kläger einer Sammelklage sowie dreier Einzelklagen, die allesamt in der Entscheidung des Richters Buchwald vom 29. März abgewiesen worden waren, Berufungsschriften eingereicht. Am 30. Oktober 2013 wurde die Berufung vom Berufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk (*Second Circuit*) abgewiesen, weil es entschied, dass das Bezirksgericht noch kein endgültiges Urteil gefällt hat. Am 31. Oktober 2013 wies das Bezirksgericht die Berufungsanträge anderer Kläger gegen die Entscheidung vom 29. März ab. Demzufolge laufen derzeit keine Berufungsverfahren in Bezug auf Klagen, über die Richter Buchwald entschieden hat.

Solange die Verfahren nicht weiter verhandelt werden, ist die letztendliche Auswirkung der Entscheidung des Bezirksgerichts unklar, wobei die Entscheidung jedoch möglicherweise im Rahmen der Auslegung durch Gerichte Auswirkungen auf andere Prozesse haben wird, darunter die nachfolgend beschriebenen Verfahren, von denen einige verschiedene Referenzzinssätze zum Gegenstand haben.

Am 13. Februar 2013 wurde bei dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* eine zusätzliche Einzelklage im Zusammenhang mit dem US-Dollar-LIBOR gegen die Emittentin und weitere Banken eingereicht. Die Kläger behaupten, die Beklagten hätten zusammengewirkt, um den US-Dollar-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zum Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Für diese Klage ist ein anderer Richter im *Southern District of New York* zuständig und ein anderer Zeitplan als für die Sammelklage vorgesehen, wobei Ende 2013 ein Antrag auf Klageabweisung vollumfänglich beim Gericht eingereicht werden soll.

Verschiedene Kläger, die an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt waren, reichten am 30. April 2012 beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* eine zusätzliche Sammelklage gegen die Emittentin und andere Panel-Banken für Japanischer Yen-LIBOR ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der *Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate* ("**TIBOR**"), dem die Emittentin nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und Verstöße gegen US-Kartellrecht im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. Die Beklagten haben einen Abweisungsantrag gestellt, der am 27. September 2013 beim Bezirksgericht vollständig eingereicht wurde. Eine mündliche Anhörung zum Abweisungsantrag ist für den 29. Januar 2014 anberaumt.

Am 31. Oktober 2013 reichte Fannie Mae eine Klage im *Southern District of New York* gegen neun LIBOR-Panel-Banken, darunter die Emittentin, und die *British Bankers' Association* auf Schadenersatz in einer geschätzten Höhe von USD 800 Mio. zuzüglich Strafschadenersatz in unbestimmter Höhe ein. In der Klageschrift beschuldigt Fannie Mae die Banken, den US-Dollar-LIBOR-Satz künstlich niedrig gehalten und Fannie Mae dadurch einen Verlust in Höhe von mindestens USD 332 Mio. aus zur Absicherung von Hypothekenanlagen eingesetzten Zinsswaps zugefügt zu haben. Zudem behauptet Fannie Mae, einen Schaden infolge des Kaufs anderer an den LIBOR gekoppelter Produkte, darunter Hypotheken, *Mortgage Backed Securities* und Kredite mit variablem Zinssatz, erlitten zu haben. Eine Einschätzung der Auswirkungen dieser Klage von Fannie Mae ist der Emittentin zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

Verschiedene Kläger, die einen NYSE LIFFE EURIBOR Terminkontrakt erworben bzw. verkauft hatten, reichten am 12. Februar 2013 eine Sammelklage gegen die Emittentin und andere EURIBOR-Panel-Banken ein. Am 2. November 2013 wurde eine geänderte Klageschrift eingereicht, in der die angebliche Klägergruppe auf Käufer von "auf Euro lautenden Terminkontrakten" an der *Chicago Mercantile Exchange* sowie auf Käufer von Zinsswaps und anderen an den EURIBOR gekoppelten Finanzinstrumenten, die von einer US-Person oder einem US-Unternehmen innerhalb der Vereinigten Staaten eingegangen wurden. In der geänderten Klageschrift wird der Vorwurf der Manipulation des EURIBOR-Satzes und Verstöße gegen den *U.S. Commodity Exchange Act* und *Sherman Act*, die bereits im Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis zum 31. März 2011 erfolgten, erhoben. Die Klage ist derzeit beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* anhängig. Die Kläger haben angedeutet, dass sie planen, Anfang 2014 eine zweite geänderte Klage einzureichen.

Ferner wurde der Emittentin von der DOJ-AD ein bedingter Nachlass im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit Bezug auf EURIBOR zugestanden. Infolge der Gewährung dieses bedingten Nachlasses hat die Emittentin Anspruch auf (i) eine Haftungsobergrenze in Höhe des tatsächlichen anstatt des dreifachen Schadenersatzes, wenn in einem zivilrechtlichen Kartellverfahren nach US-amerikanischem Kartellrecht auf Grundlage eines Verhaltens, dass durch den bedingten Nachlass abgedeckt ist, dem Kläger Schadenersatz zugesprochen wurde, und (ii) eine Befreiung im Hinblick auf eine mögliche gesamtschuldnerische Haftung in Verbindung mit einem derartigen zivilrechtlichen Kartellverfahren, vorbehaltlich der Bedingung, dass die Emittentin das DOJ sowie das über die entsprechende zivilrechtliche Klage befindende Gericht davon überzeugt, dass sie ihre Mitwirkungspflichten erfüllt hat.

Darüber hinaus ist die Emittentin, sowie vier gegenwärtige und ehemalige Führungskräfte und Direktoren der Emittentin, Beklagte einer vor dem US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* anhängigen Wertpapier-Sammelklage im Zusammenhang mit der Rolle der Emittentin als an der LIBOR-Festlegung beteiligte Panel-Bank. In der Klageschrift wird hauptsächlich der Vorwurf erhoben, die Geschäftsberichte der Emittentin für die Jahre 2006 bis 2011 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen hinsichtlich (unter anderem) der Einhaltung ihrer Verfahren für das Betriebsrisikomanagement und bestimmter Gesetze und Rechtsvorschriften aufgewiesen. Weiterhin wird in der Klageschrift der Vorwurf erhoben, dass die täglichen Einreichungen der Emittentin zur Festlegung des US-Dollar-LIBOR Falschaussagen unter Verletzung des US-Wertpapierrechts darstellten. Der Kreis der Sammelkläger, in deren Auftrag die Klage eingereicht wird, setzt sich aus allen natürlichen und juristischen Personen zusammen, die im Zeitraum vom 10. Juli 2007 bis zum 27. Juni 2012 an einer amerikanischen Wertpapierbörse von der Emittentin geförderte *American Depositary Receipts* erworben haben. In der Klageschrift werden Ansprüche nach Maßgabe von *Section 10(b)* und *Section 20(a)* des *U.S. Securities Exchange Act 1934* geltend gemacht. Am 13. Mai 2013 hat das Gericht dem Antrag der Emittentin auf vollständige Klageabweisung stattgegeben. Der Antrag der Kläger auf Prüfung dieser Entscheidung wurde am 13. Juni 2013 zurückgewiesen. Die Kläger haben am 12. Juli 2013 vor dem US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk Berufung eingelegt, wobei die Berufung am 21. September 2013 vollständig beim Berufungsgericht eingereicht wurde. Eine mündliche Anhörung zur Berufung wurde noch nicht anberaumt.

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Emittentin in zahlreichen Ländern, darunter England, Wales und Italien, Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den angeblichen LIBOR- und EURIBOR-Manipulationen angestrengt oder angedroht worden. Die Zahl dieser Verfahren, der Referenzindices, auf

die sie sich beziehen, und der Länder, in denen sie angestrengt werden können, wird sich voraussichtlich im Laufe der Zeit erhöhen.

Eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen der mit den oben beschriebenen Klagen verbundenen potenziellen Risiken oder gegebenenfalls der Auswirkungen, die diese Klagen gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, den *Cashflow* oder die Finanzlage der Gruppe in einer bestimmten Berichtsperiode haben könnten, ist nicht möglich.

14. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**", in dem Unterabschnitt "**DIE EMITTENTIN UND DIE GRUPPE**", in dem Unterabschnitt "**Gerichtsverfahren**" nach dem Unterabschnitt mit der Überschrift "*Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte*" die folgenden Absätze eingefügt (nachtragsbegründender Umstand XI):

Zivilklage in Bezug auf den Devisenhandel

Am 1. November 2013 wurde beim US-Bezirksgericht für den *Southern District of New York* eine Zivilklage im Namen einer angeblichen Klägergruppe eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß gegen den *U.S. Sherman Act* behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Emittentin, als Beklagte genannt werden. Eine Einschätzung der Auswirkungen dieser Zivilklage oder weiterer Zivilklagen, die möglicherweise künftig eingereicht werden, ist der Gruppe zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

Nähere Einzelheiten zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Ermittlungen sind dem Abschnitt "Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten – Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel" zu entnehmen.

London, 13. Januar 2014

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Henning von Sachsen-Altenburg

Zeichnungsberechtigter

ENGLISH CONVENIENCE TRANSLATION OF THE GERMAN LANGUAGE CONTENT OF THE

SUPPLEMENT DATED 13 JANUARY 2014
TO THE FOLLOWING **BASE PROSPECTUSES**
(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 8 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(**SECOND SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 24 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(**SECOND SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS C DATED 25 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS C**")

RELATING TO

COMMODITY LINKED AUTOCALL AND REVERSE CONVERTIBLE OR WORST-OF REVERSE CONVERTIBLE SECURITIES

(THE "**RSSP C SECURITIES**")

(**SECOND SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS D DATED 25 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS D")

RELATING TO

REVERSE CONVERTIBLE EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP D SECURITIES")

(SECOND SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS E DATED 4 JULY 2013 AS SUPPLEMENTED BY A PREVIOUS SUPPLEMENT

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS E")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO COUPON SECURITIES

(THE "RSSP E SECURITIES")

(SECOND SUPPLEMENT)

AND

RSSP BASE PROSPECTUS G DATED 12 NOVEMBER 2013

(THE "RSSP BASE PROSPECTUS G")

RELATING TO

FX LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP G SECURITIES")

(FIRST SUPPLEMENT)

(THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES, THE RSSP C SECURITIES, THE RSSP D SECURITIES, THE RSSP E SECURITIES AND THE RSSP G SECURITIES, THE "SECURITIES")

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 13 January 2014 to the RSSP Base Prospectus A dated 8 July 2013, RSSP Base Prospectus B dated 24 July 2013, RSSP Base Prospectus C dated 25 July 2013, RSSP Base Prospectus D dated 25 July 2013, RSSP Base Prospectus E dated 4 July 2013 and RSSP Base Prospectus G dated 12 November 2013 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in

accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 13. Januar 2014 zum RSSP Basisprospekt A vom 8. Juli 2013, RSSP Basisprospekt B vom 24. Juli 2013, RSSP Basisprospekt C vom 25. Juli 2013, RSSP Basisprospekt D vom 25. Juli 2013, RSSP Basisprospekt E vom 4. Juli 2013 und RSSP Basisprospekt G vom 12. November 2013 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- I. the update of the Base Prospectuses with respect to the restated audited 2012 financial statements of Barclays PLC which were published on 16 September 2013 (item of the Supplement no. 2);
- II. the update of the Base Prospectuses with respect to the joint unaudited Interim Management Statement of Barclays PLC and the Issuer which was published on 30 September 2013 (item of the Supplement no. 2);
- III. the update of the Base Prospectuses with respect to the number the Group's employers, as at 30 June 2013 (item of the Supplement no. 3);
- IV. the update of the Base Prospectuses with respect to the issuance of Additional Tier 1 securities in the amount of \$2 billion, on 20 November 2013 (item of the Supplement no. 5);
- V. the update of the Base Prospectuses with respect to Barclays PLC's announcement of an underwritten rights issue as at 30 July 2013 (item of the Supplement no. 6);
- VI. the update of the Base Prospectuses with respect to the indication of investigations into foreign exchange trading by various regulatory authorities as at 8 November 2013 (items of the Supplement no. 1 and 7);
- VII. the update of the Base Prospectuses with respect to recent developments in Federal Energy Regulatory Commission investigation as at 9 October 2013 (items of the Supplement no. 1 and 8);
- VIII. the update of the Base Prospectuses with respect to the appointment of Wendy Lucas-Bull as Non-Executive Director and Chairman of Barclays Africa Group Limited which was published on 19 September 2013 (item of the Supplement no. 9);
- IX. the update of the Base Prospectuses with respect to additional information, as at 30 June 2013, concerning mortgage related activity and litigation including a second lawsuit commenced by the National Credit Union Administration in the second half of 2013 (items of the Supplement no. 1 und 10);
- X. the update of the Base Prospectuses with respect to recent developments in LIBOR and other benchmarks Civil Actions as at various dates, in particular, dismissal of appeals and denial of requests on 30 and 31 October 2013, full submission of the motion in connection with Euroyen TIBOR and Yen LIBOR on 27 September 2013, filing of a suit by Fannie Mae on 31 October 2013, filing of an amended complaint in connection with EURIBOR on 2 November 2013 and full submission of the appeal in connection with LIBOR on 21 September 2013 (item of the Supplement no. 11);
- XI. the update of the Base Prospectuses with respect to filing of a civil action in respect of foreign exchange trading as at 1 November 2013 (item of the Supplement no. 12);
- XII. the update of the Base Prospectuses with respect to the restated audited 2012 financial statements for the half year results of Barclays PLC which were published on 30 July 2013 (item of the Supplement no. 4).

1. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "**RISK FACTORS**", in the subsection "**6 Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities**", in the subsection "**6.6 Operational Risk**", under the heading "*Legal and regulatory related risks*", the subsection headed (i) "*Legal risk*" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. VI, VII and IX):

(i) *Legal risk*

The Group is subject to a comprehensive range of legal obligations in all countries in which it operates and so is exposed to many forms of legal risk, including that: (i) business may not be conducted in accordance with applicable laws in the relevant jurisdictions around the world and financial and other penalties may result; (ii) contractual obligations may either not be enforceable as intended or may be enforced in a way adverse to the Group; (iii) intellectual property may not be adequately protected and the Group may use intellectual property which infringes, or is alleged to infringe, the rights of third parties; and (iv) liability for damages may be incurred to third parties harmed by the conduct of the Group's business. The Group also faces regulatory and other investigations in various jurisdictions, including in the US. Like many other financial institutions, the Group has come under greater regulatory scrutiny in recent years and expects that environment to continue.

Key legal proceedings which the Group was exposed to during 2012 and continues to be exposed to, or which the Group has been exposed to during 2013, include those relating to:

- Lehman Brothers;
- certain series of preference shares issued in the form of American Depositary Shares;
- mortgage related activity and litigation;
- Devonshire Trust;
- London Interbank Offered Rates ("**LIBOR**") and other benchmarks civil actions; and
- a civil action in respect of foreign exchange trading.

The outcome of each of these legal proceedings (and any proceedings that may be brought in the future) is difficult to predict. However, it is likely that the Group will incur significant expense in connection with these matters and one or more of them could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages; other penalties and injunctive relief; potential regulatory fines and restrictions on the Group's business; and/or negative effect on the Group's reputation. See "Legal Proceedings" below for further details on these matters. An adverse decision in any one matter, either against Barclays PLC, the Bank or another bank facing similar claims, could lead to further claims.

A description of the risks associated with key regulatory and other investigations or proceedings affecting the Issuer during 2012 and which are ongoing is set out below:

- Interchange investigations: The key risks arising from the investigations into Visa and MasterCard credit and debit interchange rates comprise the potential for fines imposed by competition authorities, litigation and proposals for new legislation. The Group may be required to pay fines or damages and could be affected by legislation amending interchange rules. It is not currently possible to predict the likelihood or potential financial impact of these risks;
- Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks: The risks associated with investigations by various authorities into submissions made by the Issuer and other panel

members to the bodies that set various interbank offered rates include: the potential for financial penalties imposed by governmental authorities, including further financial penalties imposed in addition to those assessed in 2012; the pending and potential additional civil litigation; damage to the Issuer's reputation; the potential for criminal prosecution should the Issuer violate the terms of its non-prosecution agreement with the US Department of Justice Fraud Section; and potential further regulatory enforcement action should the Issuer fail to comply with the Cease and Desist Order entered against it by the Commodity Futures Trading Commission (CFTC);

- Investigations into foreign exchange trading: Various regulatory authorities and enforcement authorities have indicated that they are investigating foreign exchange trading, including possible attempts to manipulate certain benchmark currency exchange rates or engage in other activities that would benefit trading positions. The Group has received enquiries from certain of these authorities related to their particular investigations, is reviewing its foreign exchange trading covering a several year period through August 2013 and is cooperating with the relevant authorities in their investigations. It is not possible at this stage for the Group to predict the impact of these investigations on it;
- Interest Rate Hedging Products: As at 31 December 2012, the Issuer recognized a provision of £850 million for future redress to customers categorised as non-sophisticated, reflecting management's best estimate of future redress to customers categorised as non-sophisticated and related costs. During the first half of 2013, additional cases were reviewed providing a larger and more representative sample upon which to base the Issuer's provision. As a result, an additional provision of £650 million was recognised as at 30 June 2013, bringing the cumulative expense to £1,500 million. No provision has been recognised in relation to claims from retail clients or private customers categorised as sophisticated, which are not covered by the redress exercise, or incremental consequential loss claims from customers categorised as non-sophisticated. These will be monitored and future provisions will be recognised to the extent an obligation resulting in a probable outflow is identified;
- Federal Energy Regulatory Commission (FERC) investigation: The Issuer may be required to pay a civil penalty and profit disgorgement plus interest, and could incur damage to its reputation, if it is found to have violated the FERC's Anti-Manipulation Rule in connection with the Issuer's power trading in the western US with respect to the period from late 2006 to 2008. On 9 October 2013, FERC filed its complaint against the Issuer and four of its former traders in Federal Court in California. In September 2013, the Bank was contacted by the criminal division of the United States Attorney's Office in the Southern District of New York and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter;
- Investigations into Certain Agreements: The FCA has investigated certain agreements, including two advisory services agreements entered into by the Issuer with Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to the Issuer's capital raisings in June and November 2008.

The FCA issued warning notices (the "**Warning Notices**") against Barclays PLC and the Bank on 13 September 2013.

The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322 million payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that Barclays PLC and the Issuer believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings. The Warning Notices conclude that Barclays PLC and the Issuer were in breach of certain disclosure-related Listing Rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of Barclays PLC's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and the Issuer acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the Group is £50 million. However, Barclays PLC and the Issuer continue to contest the findings.

The Serious Fraud Office is investigating the same agreements. Its investigation is at an earlier stage and the Group has received and continues to respond to requests for further information.

The DOJ and the SEC are undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist the Issuer to win or retain business are compliant with the United States Foreign Corrupt Practices Act. They are also investigating the agreements referred to above including the two advisory services agreements. The US Federal Reserve has requested to be kept informed of these matters.

It is not possible to estimate the full impact on the Group if the final conclusion of these matters is adverse.

Final adverse findings would result in financial penalties, reputational impact and/or (if further action is taken by UK or US prosecutors) possible criminal liability, with a consequential risk of impact on securities prices and possible consequential civil litigation, and no assurance can be given as to the civil, criminal or regulatory consequences or their financial impact, if any, before final conclusions are reached by the authorities in the ongoing investigations.

In addition, in 2013 both the European Commission and the DOJ-AD have commenced investigations in the CDS market (in 2011 and 2009, respectively). On 1 July 2013, the European Commission addressed a Statement of Objections to the Issuer and 12 other Banks, Markit and ISDA. The case relates to concerns that certain banks took collective action to delay and prevent the emergence of exchange traded credit derivative products. If the European Commission does reach a decision in this matter it has indicated that it needs to impose sanctions. The European Commission's sanctions can include fines. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. Putative class actions alleging similar issues have also been filed in the US. The timing of these cases is uncertain and it is not possible to provide an estimate of the potential financial impact of this matter on the Issuer.

See "Operational Risk – Regulatory Risk" and "Competition and Regulatory Matters" below for further details on these matters.

2. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. I and II):

INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been deposited with the FCA (formerly the Financial Services Authority) and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus pursuant to section 11 paragraph 1 sentence 2 of WpPG:

- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2011 (the "**2011 Issuer Annual Report**") and 31 December 2012 (the "**2012 Issuer Annual Report**"), respectively;
- the sections set out below from the Annual Report of Barclays PLC, as filed with the U.S. Securities and Exchange Commission (the "**SEC**") on Form 20-F in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012 (the "**Barclays PLC Annual Report**"):

Corporate Governance Report	6 to 29
Directors' report	30 to 34
Board of Directors	35 to 37
People	38
Remuneration Report	39 to 68
Risk Review	69 to 160
Financial Review	161 to 188
Risk Management	273 to 303
Shareholder Information	304 to 316
Additional Information	317 to 346
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC in respect of the years ended 31 December 2011 and 31 December 2012	347
Barclays Bank PLC Data	348 to 363

- the unaudited Interim Results Announcement of Barclays PLC as filed with the SEC on Form 6-K on Film Number 13996454 on 30 July 2013 in respect of the six months ended 30 June 2013 (the "**Interim Results Announcement**");
- the sections set out below from the restated audited 2012 financial statements of Barclays PLC as filed with the SEC on Form 6-K on 6 September 2013:

Independent Registered Public Accounting Firm's report	8
Consolidated Income Statement	9
Consolidated Statement of Comprehensive Income	10
Consolidated Balance Sheet	11
Consolidated Statement of Changes in Equity	12-13
Consolidated Cash Flow Statement	14
Notes to the Financial Statements	18-00
Risk management report	134-166

- the unaudited Interim Management Statement of Barclays PLC as filed with the SEC on Form 6-K on film number 131177851 on 30 October 2013 in respect of the nine months ended 30 September 2013 (the "**Interim Management Statement**").

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "*Documents Available*" of "*General Information*".

The Issuer has applied International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") as issued by the International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (the "**EU**") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Issuer is included in the 2011 Issuer Annual Report and the 2012 Issuer Annual Report.

3. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the second paragraph shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. III):

The Issuer and its subsidiary undertakings (taken together, the "**Group**") is a major global financial services provider engaged in retail and commercial banking, credit cards, investment banking, wealth management and investment management services with an extensive international presence in Europe, United States, Africa and Asia. Together with the predecessor companies, the Group has over 300 years of history and expertise in banking, and today the Group operates in over 50 countries and as at 30 June 2013, employed approximately 139,900 people. The Group moves, lends, invests and protects money for customers and clients worldwide. The whole of the issued ordinary share capital of the Issuer is beneficially owned by Barclays PLC, which is the ultimate holding company of the Group and one of the largest financial services companies in the world by market capitalisation.

4. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the table containing financial information extracted from the unaudited interim results announcement of the Issuer for the half year ended 30 June 2013 shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. XII):

	As at 30.06.2013 £m	Comparative statements as at 30.06.2012 (restated) £m
Total Assets	1,533,378	1,629,089
Net Loans and advances	516,949	501,509
Total Deposits	538,624	502,818
Total Shareholders' equity	59,394	60,371
Non-controlling interests	2,620	2,957
Profit before tax from continuing operations	1,648	716
Credit impairment charges	1,631	1,710

5. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Acquisitions, Disposals and Recent Developments" the subsection headed "PRA Capital Adequacy Review and the Issuer's Leverage Plan" shall be replaced as follows (circumstance giving rise to the Supplement no. IV):

PRA Capital Adequacy Review

In March 2013 the UK Financial Policy Committee asked the UK Prudential Regulation Authority (the "PRA") to take steps to ensure that, by the end of 2013, major UK banks and building societies, including the Issuer, held capital resources equivalent to 7% of their risk weighted assets. The PRA's calculation of capital adequacy was based on CRD IV definitions, applying them on a fully loaded basis with further prudential adjustments.

The PRA published its assessment in June 2013, further to which the Issuer announced that it could meet the adjusted 7% fully loaded Common Equity Tier 1 ratio target set by the PRA by December 2013, through planned balance sheet actions and retained earnings generation, in line with the Issuer's existing Transform programme.

As part of its review, the PRA also introduced a 3% leverage ratio target, calculated as fully loaded CET1 capital (after further prudential adjustments), together with any further issuance of Additional Tier 1 securities, and divided by a CRD IV leverage exposure measure (the "PRA Leverage Ratio"). As at 30 June 2013, the Group's adjusted fully loaded CRD IV leverage ratio was 2.2%, representing an estimated leverage gap of £12.8 billion of capital in order to meet the 3% target.

In July 2013, the PRA requested that the Issuer's plan to achieve a 3% PRA Leverage Ratio target by 30 June 2014, ahead of the anticipated CRD IV deadline for compliance in 2018. In order to achieve the target within the PRA's expected timeframe the Group formulated and agreed with the PRA a plan comprised of capital management and leverage exposure actions which was announced on 30 July 2013. The plan announced by the Group included an underwritten rights issue, measures to reduce the Issuer's CRD IV leverage exposure, and the continued execution of the Group's capital plan with the issuance of CRD IV qualifying Additional Tier 1 securities. In accordance with this plan, on 20 November 2013 Barclays PLC issued \$2 billion 8.25% CRD IV qualifying contingent convertible Additional Tier 1 securities with a 7% fully loaded CET1 ratio trigger.

On 30 July 2013, the PRA announced that it had agreed and welcomed the Group's plan, and concluded that it was a credible plan to meet a PRA Leverage Ratio of 3% by end of June 2014 without cutting back on lending to the real economy.

6. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the following paragraphs shall be inserted at the end of the section headed "Acquisitions, Disposals and Recent Developments" (circumstance giving rise to the Supplement no. V):

Rights Issue

On 30 July 2013, Barclays PLC announced an underwritten rights issue to raise approximately £5.8 billion (net of expenses). The rights issue was made to qualifying shareholders on the basis of one new ordinary share for every four existing ordinary shares held by shareholders at the close of business on 13 September 2013. On 4 October 2013, Barclays PLC announced that it had received valid acceptances in respect of 94.63 per cent. of the total number of new ordinary shares offered to shareholders pursuant to the rights issue. The underwriters subsequently procured subscribers for the remaining ordinary shares for which acceptances were not received.

On 30 October 2013, Barclays PLC announced the following estimated ratios as at 30 September 2013 on a post-rights issue basis: Core Tier 1 ratio of 12.9%, estimated fully loaded CRD IV CET1 ratio of 9.6%, estimated fully loaded CRD IV leverage ratio of 2.9% and estimated PRA Leverage Ratio of 2.6%. Barclays PLC also announced on 30 October that the execution of the plan to meet the 3% PRA Leverage Ratio by June 2014 is on track.

7. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Competition and Regulatory Matters" the following paragraphs shall be inserted after the subsection headed "*Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks*" : (circumstance giving rise to the Supplement no. VI)

Investigations into Foreign Exchange Trading

Various regulatory authorities and enforcement authorities have indicated that they are investigating foreign exchange trading, including possible attempts to manipulate certain benchmark currency exchange rates or engage in other activities that would benefit trading positions. The Group has received enquiries from certain of these authorities related to their particular investigations, is reviewing its foreign exchange trading covering a several year period through August 2013 and is cooperating with the relevant authorities in their investigations. It is not possible at this stage for the Group to predict the impact of these investigations on it.

Please see "Legal Proceedings — Civil action in respect of foreign exchange trading" for a discussion of litigation arising in connection with the Investigations.

8. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Competition and Regulatory Matters", the subsection headed "*Federal Energy Regulatory Commission Investigation*" shall be replaced as follows" (circumstance giving rise to the Supplement no. VII):

Federal Energy Regulatory Commission Investigation

The United States Federal Energy Regulatory Commission (the "FERC") Office of Enforcement has been investigating the Group's power trading in the western US with respect to the period from late 2006 through 2008. On 31 October 2012, the FERC issued a public Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties ("**Order and Notice**") against the Issuer in relation to this matter. In the Order and Notice the FERC asserts that the Issuer violated the FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from November 2006 to December 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by the Issuer. On 16 July 2013 the FERC issued an Order Assessing Civil Penalties in which it assessed a \$435 million civil penalty against the Issuer and ordered the Issuer to disgorge an additional US\$34.9 million of profits plus interest (both of which are consistent with the amounts proposed in the Order and Notice). In order to attempt to collect the penalty and disgorgement amount, FERC filed its complaint against the Issuer and four of its former traders in Federal Court in California on 9 October 2013. The complaint reiterates the allegations previously made by the FERC in its October 2012 Order and Notice and its July 2013 Order Assessing Civil Penalties. The Group intends to vigorously defend this matter. In September 2013, the Issuer was contacted by the criminal division of the United States Attorney's Office in the Southern District of New York and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter.

9. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", the subsection headed "Directors" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. VIII):

Directors

The Directors of the Issuer, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Group and their principal outside activities (if any) of significance to the Group are as follows:

<u>Name</u>	<u>Function(s) within the Group</u>	<u>Principal outside activities</u>
Sir David Walker	Chairman	Consultative Group on International Economic and Monetary Affairs, Inc. (Group of Thirty) Cicely Saunders International
Antony Jenkins	Group Chief Executive	Director, The Institute of International Finance
Chris Lucas	Group Finance Director ¹	—
David Booth	Non-Executive Director	Director, East Ferry Investors Inc
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Ministry of Justice Departmental Board
Fulvio Conti	Non-Executive Director	Chief Executive Officer, Enel SpA; Director, AON PLC; Independent Director, RCS MediaGroup S.p.A
Simon Fraser	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Fidelity Japanese Values Plc and Fidelity European Values Plc; Chairman, Foreign & Colonial Investment Trust PLC; Chairman, The Merchants Trust PLC; Non-Executive Director, Ashmore Group PLC
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Senior Adviser, Center for Strategic & International Studies; Chief Executive Officer, Rockefeller & Co., Inc.
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, SABMiller plc; Non-Executive

¹ On 16 July 2013, the Issuer announced the appointment of Tushar Morzaria as successor to Chris Lucas as Group Finance Director following Mr. Lucas' announcement in February 2013 of his intention to retire. Mr. Morzaria will join the Board as an Executive Director with effect from 1 January 2014. Mr. Lucas will remain accountable for 2013 financial reporting and will remain on the Board as Group Finance Director and a member of the Executive Committee until his retirement on 28 February 2014, at which point Mr. Morzaria will take up his responsibilities in full.

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
		Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Companies
Sir John Sunderland	Non-Executive Director	Chairman, Merlin Entertainments Group; Non-Executive Director, AFC Energy plc
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	General Counsel, Company Secretary and a member of the Group Executive Committee of ABB Limited
Frits van Paasschen	Non-Executive Director	CEO and President of Starwood Hotels and Resorts Worldwide Inc.
Mike Ashley	Non-Executive Director	
Wendy Lucas-Bull	Non-Executive Director; Chairman of Barclays Africa Group Limited	Non-Executive Director, Anglo American Platinum Limited

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Issuer of the Directors listed above and their private interests or other duties.

10. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Legal Proceedings", the subsection headed "US Federal Housing Finance Agency and Other Residential Mortgage-Backed Securities Litigation" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. IX):

Mortgage Related Activity and Litigation

The Group's activities within the US residential mortgage sector during the period of 2005 through 2008 included sponsoring and underwriting of approximately \$39 billion of private-label securitisations; underwriting of approximately \$34 billion of other private-label securitisations; sales of approximately \$0.2 billion of loans to government sponsored enterprises ("GSEs"); and sales of approximately \$3 billion of loans to others. In addition during this time period, approximately \$19.4 billion of loans (net of approximately \$500 million of loans sold during this period and already repurchased) were also originated and sold to third parties by a mortgage originator that the Group acquired in 2007 (the "Acquired Subsidiary").

In connection with the Group's loan sales and sponsored private-label securitisations, the Group provided certain loan level representations and warranties ("R&Ws") generally relating to the underlying mortgages, the property, mortgage documentation and/or compliance with law. The Group was the sole provider of R&Ws with respect to approximately \$5 billion of the Group sponsored securitizations, approximately \$0.2 billion of sales of loans to GSEs, and the approximately \$3 billion of loans sold to others. In addition, the Acquired Subsidiary was the sole provider of R&Ws on all of the loans it sold to third parties. Other than approximately \$1 billion of loans sold to others for which R&Ws expired prior to 2012, there are no expiration provisions applicable to the R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary. The Group R&Ws with respect to the \$3 billion of loans sold to others are related to loans that were generally sold at significant discounts and contained more limited R&Ws than loans sold to GSEs, the loans sold by the Acquired Subsidiary or those provided by the Group on approximately \$5 billion of the Group sponsored securitisations discussed above. R&Ws on the remaining approximately \$34 billion of the Group sponsored securitisations were primarily provided by third party originators directly to the securitisation trusts with the Group, as depositor to the securitisation trusts, providing more limited R&Ws. Under certain circumstances, the Group may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached. Total unresolved repurchase requests associated with all R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities were £0.4 billion at 30 June 2013. Some of these unresolved repurchase claims relate to actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitizations, Deutsche Bank National Trust Company and US Bank National Association, in which the trustees allege that the Group must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Complaints have only been filed in some of these actions, and because all of these actions are at preliminary stages, it is not practicable to provide an estimate of the impact of any of these actions.

In addition, the US Federal Housing Finance Agency ("FHFA"), acting for two US government sponsored enterprises, Fannie Mae and Freddie Mac (collectively, the "GSEs"), filed lawsuits against 17 financial institutions in connection with the GSEs' purchases of residential mortgage-backed securities ("RMBS"). The lawsuits allege, amongst other things, that the RMBS offering materials contained materially false and misleading statements and/or omissions. The Issuer and/or certain of its affiliates or former

employees are named in two of these lawsuits, relating to sales between 2005 and 2007 of RMBS, in which BCI was lead or co-lead underwriter.

Both complaints demand, amongst other things: rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS; and recovery for the GSEs' alleged monetary losses arising out of their ownership of the RMBS. The complaints are similar to other civil actions filed against the Issuer and/or certain of its affiliates by other plaintiffs, including the Federal Home Loan Bank of Seattle, Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of Chicago, Cambridge Place Investment Management, Inc., HSH Nordbank AG (and affiliates), Sealink Funding Limited, Landesbank Baden-Württemberg (and affiliates), Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank AG (and affiliates) and Stichting Pensioenfonds ABP, Royal Park Investments SA/NV, Bayerische Landesbank, John Hancock Life Insurance Company (and affiliates), Prudential Life Insurance Company of America (and affiliates) and the National Credit Union Administration relating to purchases of RMBS. The Issuer considers that the claims against it are without merit and intends to defend them vigorously.

The original amount of RMBS related to the claims against the Group in the FHFA cases and the other civil actions against the Issuer totalled approximately \$8.7 billion, of which approximately \$2.6 billion was outstanding as at 30 June 2013. Cumulative losses reported on these RMBS as at 30 June 2013 were approximately \$0.5 billion. If the Issuer were to lose these cases Barclays PLC believes it could incur a loss of up to the outstanding amount of the RMBS at the time of judgment (taking into account further principal payments after 30 June 2013), plus any cumulative losses on the RMBS at such time and any interest, fees and costs, less the market value of the RMBS at such time. The Issuer has estimated the total market value of these RMBS as at 30 June 2013 to be approximately \$1.6 billion. The Issuer may be entitled to indemnification for a portion of any losses. These figures do not include two related class actions brought on behalf of a putative class of investors in RMBS issued by Countrywide and underwritten by BCI and other underwriters, in which the Issuer is indemnified by Countrywide, or a second lawsuit commenced by the National Credit Union Administration in the second half of 2013 related to \$293 million of additional RMBS.

11. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Legal Proceedings", the subsection headed "*LIBOR and other Benchmarks Civil Actions*" shall be replaced as follows (circumstances giving rise to the Supplement no. X):

LIBOR and other Benchmarks Civil Actions

Following the settlements of the Investigations referred to in "Competition and Regulatory Matters – Investigations into LIBOR, ISDAfix and other Benchmarks", a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group in relation to LIBOR and/or other benchmarks. As at the date of this Base Prospectus, it is not possible to estimate the Group's possible loss in relation to these claims or what effect, if any, they might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular financial period.

The Issuer and other banks have been named as defendants in class action and non-class action lawsuits pending in United States Federal Courts in connection with their roles as contributor panel banks to US Dollar LIBOR, the first of which was filed on 15 April 2011. The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that the Issuer and the other banks individually and collectively violated various provisions of the Sherman Act, the US Commodity Exchange Act, the Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by suppressing or otherwise manipulating US Dollar LIBOR rates. The lawsuits seek an unspecified amount of damages with the exception of two lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total of approximately \$810 million in actual damages against all defendants, including the Issuer, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Sherman and RICO Acts. The proposed class actions purport to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in US Dollar LIBOR-linked over-the-counter transactions; (ii) purchased US Dollar LIBOR-linked financial instruments on an exchange; (iii) purchased US Dollar LIBOR-linked debt securities; (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to US Dollar LIBOR; or (v) issued loans linked to US Dollar LIBOR. The majority of the US Dollar LIBOR cases are consolidated before one United States District Court in the Southern District of New York (the "**Court**"). On 29 March 2013, the Court issued a decision dismissing the majority of claims against the Issuer and other panel bank defendants in six leading cases including three proposed class actions.

Following the decision, plaintiffs in the three proposed class actions moved the Court for permission to either file an amended complaint or appeal an aspect of the decision.

On 23 August 2013, the Court issued an order denying the majority of the motions presented by the three proposed class action plaintiffs. As a result of this order, a proposed class action pertaining to the purchase of U.S. Dollar LIBOR-linked debt securities has been dismissed entirely; the claims alleged in a proposed class action pertaining to the purchase of U.S. Dollar-linked financial instruments on an exchange are limited to claims under the US Commodity Exchange Act; and the claims in a proposed class action relating to allegations of plaintiffs that engaged in U.S. Dollar LIBOR-linked over-the-counter transactions are limited to claims for unjust enrichment and breach of implied covenant of good faith and fair dealing. On 17 September 2013 and 24 September 2013, plaintiffs in one class action and three individual actions, all of which were dismissed by Judge Buchwald's 29 March decision, filed notices of appeal. On 30 October 2013, the Second Circuit dismissed the appeals because it found the Court has not yet entered final judgment. On 31 October 2013, the Court denied the requests of other plaintiffs to

appeal the 29 March decision. Accordingly, there are currently no claims decided by Judge Buchwald on appeal.

Until there are further decisions, the ultimate impact of the Court's decision will be unclear, although it is possible that the decision will be interpreted by courts to affect other litigation, including the actions described below, some of which concern different benchmark interest rates.

An additional individual US Dollar LIBOR action was commenced on 13 February 2013 in the United States District Court for the Southern District of New York against the Issuer and other banks. Plaintiffs allege that defendants conspired to increase US Dollar LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at the bottom of the market. This action has been assigned to a different judge in the Southern District of New York, and is proceeding on a different schedule than is the consolidated action, with a motion to dismiss to be fully submitted to the court by the end of 2013.

An additional class action was commenced on 30 April 2012 in the United States District Court for the Southern District of New York against the Issuer and other Japanese Yen LIBOR panel banks by plaintiffs involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate ("TIBOR") panel, of which the Issuer is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of US antitrust laws between 2006 and 2010. The defendants have filed a motion to dismiss, which was fully submitted to the court on 27 September 2013. Oral argument on the motion to dismiss is scheduled for 29 January 2014.

On 31 October 2013, Fannie Mae filed suit in the Southern District of New York against nine LIBOR panel banks, including the Issuer, and the BBA, claiming an estimated \$800 million in damages, plus an unspecified amount of punitive damages. In the complaint, Fannie Mae alleges the banks suppressed the US Dollar LIBOR rate causing Fannie Mae to lose at least \$332 million on interest rate swaps that it used to hedge the risks of mortgage investments. Fannie Mae also alleges that it suffered damages as a result of its purchase of other LIBOR-indexed products, including mortgages, mortgage backed securities, and variable-rate loans. It is not practicable at this stage for the Issuer to provide an estimate of the impact of this suit by Fannie Mae.

On 12 February 2013, a class action was commenced against the Issuer and other EURIBOR panel banks by plaintiffs that purchased or sold a NYSE LIFFE EURIBOR futures contract. An amended complaint was filed on 2 November 2013, which expanded the purported class to include purchasers of "Euro currency futures contracts" on the Chicago Mercantile Exchange and purchasers of interest rate swaps and other financial instruments linked to Euribor entered into by a U.S. person or entity from a location within the U.S. The amended complaint alleges manipulation of the EURIBOR rate and violations of the U.S. Commodity Exchange Act and Sherman Act beginning as early as 1 June 2005 and continuing through 31 March 2011. The action is currently pending in the United States District Court for the Southern District of New York. The plaintiffs have indicated that they plan to file a second amended complaint in early 2014.

In addition, the Issuer has been granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential US antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. As a result of that grant of conditional leniency, the Issuer is eligible for (i) a limit on liability to actual rather

than treble damages if damages were to be awarded in any civil antitrust action under US antitrust law based on conduct covered by the conditional leniency and (ii) relief from potential joint-and-several liability in connection with such civil antitrust action, subject to the Issuer satisfying the DOJ and the court presiding over the civil litigation of its satisfaction of its cooperation obligations.

The Issuer has also been named as a defendant along with four current and former officers and directors of the Issuer in a proposed securities class action pending in the United States District Court for the Southern District of New York in connection with the Issuer's role as a contributor panel bank to LIBOR. The complaint principally alleges that the Issuer's Annual Reports for the years 2006 to 2011 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Issuer's compliance with its operational risk management processes and certain laws and regulations. The complaint also alleged that the Issuer's daily US Dollar LIBOR submissions constituted false statements in violation of US securities law. The complaint was brought on behalf of a proposed class consisting of all persons or entities that purchased American Depositary Receipts sponsored by the Issuer on an American securities exchange between 10 July 2007 and 27 June 2012. The complaint asserts claims under Sections 10(b) and 20(a) of the US Securities Exchange Act 1934. On 13 May 2013, the court granted the Issuer's motion to dismiss the complaint in its entirety. Plaintiffs' motion for reconsideration of that dismissal was denied on 13 June 2013. Plaintiffs filed a notice of appeal with the United States Court of Appeals for the Second Circuit on 12 July 2013, and the appeal was fully submitted to the Court of Appeals on 21 September 2013. No date has been set for oral argument on the appeal.

In addition to US actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Bank in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR, in a number of jurisdictions, including England and Wales and Italy. The number of such proceedings, the benchmarks to which they relate and the jurisdiction in which they may be brought are anticipated to increase over time.

It is not practicable to provide an estimate of the financial impact of the potential exposure of any of the actions described or what effect, if any, that they might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

12. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER", in the subsection "THE ISSUER AND THE GROUP", in the subsection "Legal Proceedings", the following paragraphs shall be inserted after the subsection headed "LIBOR and other Benchmarks Civil Actions" (circumstance giving rise to the Supplement no. XI):

Civil Action in Respect of Foreign Exchange Trading

On 1 November 2013, a civil action on behalf of a purported class of plaintiffs was filed in the U.S. District Court for the Southern District of New York alleging manipulation of foreign exchange markets in violation of the US Sherman Act and naming several international banks as defendants, including the Issuer. It is not practicable at this stage for the Group to predict the impact of the civil action or any additional civil actions that may be commenced in the future.

Please see "Competition and Regulatory Matters — Investigations into foreign exchange trading" for a discussion of litigation arising in connection with the Investigations.